

Allitera Verlag

(KEIN) SCHLUSS-STRICH

**Wie die Menschen zwischen Berlin und Sofia
des Jahres 1989 gedenken**

Herausgegeben von n-ost e.V. –
Netzwerk für Osteuropa-Berichterstattung

Allitera Verlag

Gefördert mit Mitteln der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Idee und Konzept: Bára Procházková
Projektleitung und Redaktion: Dörthe Ziemer

n-ost – Netzwerk für Osteuropa-Berichterstattung
Netzwerk für Osteuropa-Berichterstattung n-ost
Neuenburger Straße 17
D-10969 Berlin
Tel: +49-30-259 32 83-0
n-ost@n-ost.de
www.n-ost.de

Bildnachweis

Archiv Lange: 48 · Bognar, Peter: 117 · Dalipaj, Gerda: 21, 24 · Groeblacher, Alex: 75 ·
Kwolek, Grzegorz: 61 · Neumann, Steffen: 87 · privat: 34, 37, 50, 78, 91, 101, 106 ·
Rogozinski, Marcin: 64 · Taylor, Aaron: 115

Weitere Informationen über den Verlag und sein Programm unter:
www.allitera.de

Mai 2010
Allitera Verlag
Ein Verlag der Buch&media GmbH, München
© 2010 Buch&media GmbH, München
Umschlaggestaltung: Kay Fretwurst, Freienbrink
Herstellung: Books on Demand GmbH, Norderstedt
Printed in Germany · ISBN 978-3-86906-116-0

Inhalt

Vorwort: Zwanzig Jahre später	7
ALBANIEN: DIE WENDE ALS POLITISCHE WAFFE	13
<i>Von Gerda Dalipaj und Eckehard Pistrick</i>	
»Wir wollten die Welt sehen« – Interview mit Alfred Cako (46) ...	21
»Wir müssen unsere eigene Wahl treffen« – Interview mit Xhodi Hysa (22)	24
BULGARIEN: KEIN GRUND ZUM FEIERN	27
<i>Von Diljana Lambreva</i>	
»Der Übergang war ein traumatisches Ereignis« – Interview mit Edvin Sugarev (57)	34
»Ich profitiere von den Veränderungen« – Interview mit Maria Zaneva (22)	37
DEUTSCHLAND: VON DER SCHWIERIGKEIT EINER VERSÖHNUNG ...	40
<i>Von Benjamin Haerdle</i>	
»Unsere Erde bräuchte eine Alternative« – Interview mit Bernd-Lutz Lange (66)	48
»Ich weiß die Freiheit sehr zu schätzen« – Interview mit Christin Horrmann (21)	50
POLEN: STREIT UM DIE JUBILÄUMSFEIERN	54
<i>Von Marcin Rogoziński</i>	
»Die Realität war nur noch absurd« – Interview mit Waldemar Fydrych (56)	61
»In der Internet-Ära kann jeder eine Autorität sein« – Interview mit Piotr Gieburowski (22)	64

RUMÄNIEN: REVOLUTION ODER PUTSCH?	67
<i>Von Alex Gröblacher</i>	
»Es war das reinste Chaos« – Interview mit Claudiu Baciú (38)	75
»Die Generation 1989 will keinen Kommunismus« – Interview Maria-Gabriela Iordăchioaia (21)	78
SLOWAKEI: DIE SUCHE NACH EINEM GRUNDKONSENS	81
<i>Von Steffen Neumann</i>	
»Es war ein tschechoslowakischer November« – Interview mit Peter Zajac (64)	87
»Die Freiheit ist sehr fragil« – Interview mit Roberta Krmáškóvá (21)	91
TSCHECHIEN: VIEL ZU SAMT	94
<i>Von Hans-Jörg Schmidt</i>	
»Wir müssen damit anfangen, uns selbst zu verändern« – Interview mit Libuše Dosedělová (52)	101
»Ich würde darüber gern mehr erfahren« – Interview mit Tereza Rypkova (20)	106
UNGARN: WANDEL OHNE WECHSEL	108
<i>Von Peter Bognar</i>	
»Ein Dritter Weg kam für uns nie in Frage« Interview mit Bálint Magyar (57)	115
»Es muss ein neuer Wechsel her« Interview mit Gergely Nagy (20)	117
Die Autoren	119

Vorwort

Zwanzig Jahre später

Glossen zu einem heiklen Thema

Von György Dalos¹

Der italienische Seefahrer Christoph Columbus glaubte laut der Überlieferung bis zu seinem Tode fest daran, dass er, anno 1493, in vollem Einklang mit dem Auftrag der Königin Isabella den Meeresweg nach Indien gefunden hätte. Wenige Jahre später erreichte sein Landsmann Amerigo Vespucci mit einer von dem Bankhaus Medici gesponserten Flottille dieselben Küsten und wusste bereits, dass es sich dabei um einen bisher unbekanntem Kontinent handelte. Die spätere Namensgebung des Erdteils sollte seinem Copyright als Entdecker Rechnung getragen haben. Da jedoch der Vorname Amerigo mit dem lateinischen Emericus und dem deutschen Emmerich identisch ist, dachten viele Ungarn, dass Fürst Imre, der frühzeitig verstorbene Sohn des heiligen Königs Stephan und der bayrischen Fürstin Gisela, der eigentliche Pate der USA gewesen sei. Ob sich dieser Stolz auch auf den »US-Imperialismus« oder den »American way of life« erstreckte, sei dahingestellt.

Jedenfalls scheint mir als ehemaligem ungarischen Dissidenten Columbus' produktiver Irrtum eine gespenstische Ähnlichkeit mit der Verfehlung unserer Andersdenkenden aufzuweisen. Wir träumten nämlich ebenfalls von einem relativ unkomplizierten Weg in das Wunderland

¹ Der ungarische Publizist und Schriftsteller György Dalos war Mitbegründer der demokratischen Opposition in Ungarn und Redakteur der ostdeutschen Untergrundzeitschrift Ostkreuz. Heute lebt er in Berlin und ist Mitherausgeber des Freitag. Zuletzt ist sein Buch »Der Vorhang geht auf. Das Ende der Diktaturen in Osteuropa« im Verlag C. H. Beck erschienen.

Indien und sind dann ganz woanders gelandet. So habe ich mir beispielsweise in einem Aufsatz für die Berliner Kulturzeitschrift Kursbuch Anfang 1985 den Ablauf folgendermaßen vorgestellt:

»Stellen wir uns das Unwahrscheinliche vor: Ein verjüngtes Zentralkomitee in Moskau entscheidet sich für die Befreiung der Sowjetunion von ihren immer lästiger werdenden Verbündeten: ›Sehen Sie doch ein, Genossen«, sagt der erst dreiunddreißigjährige Erste Sekretär, ›dass diese kleinen osteuropäischen Staaten mit ihrer chaotischen ökonomischen Situation, mit ihren unbegreiflichen inneren Widersprüchen und schädlichen Ideologien nur unseren kommunistischen Aufbau erschweren. Viel richtiger wäre es meines Erachtens, diese Gesellschaften – unter Wahrung unserer militärischen Interessen – ihrer eigenen Entwicklungsdynamik zu überlassen. Vom propagandistischen Standpunkt aus würde uns dies nur Vorteile bringen. Einerseits könnten wir dann wieder als Befreier dieser Länder gefeiert werden, andererseits waren unsere Ideale, wie die Erfahrung zeigt, stets viel erfolgreicher in Gesellschaften, in denen nichts oder nur sehr wenig von ihnen verwirklicht worden ist.«

Die Worte des Ersten Sekretärs werden einstimmig zum Gesetz erhoben, der Warschauer Vertrag wird gekündigt, die in der osteuropäischen Region stationierten sowjetischen Truppen werden mit Militärmusik und Blumen verabschiedet, und die Länder des ehemaligen Ostblocks beginnen mit der Regelung ihrer eigenen Probleme. Durch freie Wahlen, an denen mehrere Parteien teilnehmen dürfen, schaffen sie ihre parlamentarischen Institutionen, sie öffnen die Grenzen und garantieren die Freiheitsrechte, einschließlich eines vernünftig beschränkten Privatbesitzes. Alles andere – das McDonalds-Netz, die Arbeitslosigkeit, die Peep-Shows – kommen von selbst.«

Noch viel früher, 1983, wagte mein Freund und Kollege György Konrád eine Landkarte der von ihm ersehnten Veränderungen vorzuzeichnen. In seiner »Antipolitik« schrieb er: »Ich halte nicht nur Budapest, Pressburg, Prag, Krakau, Warschau und Berlin für Europa. Doch wenn ich schon Leningrad und sogar Moskau zu Europa rechne, warum eigentlich sollte ich dann bei Wladiwostok stehen bleiben? Es handelt sich um Eurasien. Dazwischen gibt es keine Staatsgrenze. Man kann auch im Maßstab Eurasiens denken. Das ist eine Perspektive, die besser passt zur zweiten Jahrtausendwende als die Perspektive des kleinen Westeuropa. Ich möchte mich für den Sohn eines utopischen Europa halten, der mit seinen Armen den Stillen Ozean sowohl bei San Francisco als auch bei Wladiwostok erreicht und das Umarmte in Frieden hält.«

Zur Entschuldigung unserer Generation sei gesagt, dass man am Ende der sowjetischen Ära manche Phänomene gar nicht vorhersehen konnte. Erstens dachte niemand an das verrückte Tempo der Veränderungen, zweitens unterschätzten selbst Ökonomen die Schwierigkeiten des Übergangs zur Marktwirtschaft und drittens, was vielleicht am wichtigsten ist, rechnete man nicht mit der nationalen Wiedergeburt in dem heutigen Maße. Einige Länder wie Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Albanien gewannen in ihrem früheren geographischen Rahmen die Rechtsstaatlichkeit, während auf der Landkarte der neunziger Jahre gleichzeitig auch völlig neue Staatsbildungen erschienen: Armenien, Aserbeidschan, Belarus, Bosnien, Deutschland (als einheitliches Land), Estland, Georgien, Kroatien, Lettland, Litauen, Moldau, Montenegro, Russland, Serbien, Slowakei, Slowenien, Tschechien und die Ukraine. Die Veränderung der Landkarte betraf ein Territorium mit einer Bevölkerung von fast fünfhundert Millionen Menschen.

Einerseits war die Bildung dieser modernen Nationalstaaten das Allernatürlichste nach so vielen Jahrzehnten oder gar Jahrhunderten der Fremdbestimmung. Geschulte Marxisten hätten diesen Prozess wie seinerzeit die deutsche Reichsgründung zähneknirschend als »objektiv fortschrittlich« bezeichnet. Andererseits bedeutete der Zerfall des Reiches eine enorme Desintegration, die besonders in den Fällen, wo das Recht auf Selbstbestimmung manchen Völkern oder Minderheiten verweigert worden war, mitunter apokalyptische Züge trug. Während zwischen den EU-Staaten die Grenz- und Zollbeamten langsam zur Arbeitslosigkeit verurteilt wurden, entstanden seit 1989 ungefähr 40 neue zwischenstaatliche Grenzen, zur Zeit des Eurotriumphes wurden mehr als 20 neue nationale Währungen, von der estnischen Krone zur ukrainischen Hrywnja, eingeführt, und während die NATO, nicht zuletzt aus finanziellen Gründen, die Straffung und Vereinheitlichung der Verteidigungssysteme des Kontinents betreibt, werden in Europas Osten neue nationale Armeen aufgestellt.

Die Länder, welche in den ehemaligen politischen oder ideologischen Einflussbereich der Sowjetunion gehörten, waren früher von der freien Welt mehr oder weniger isoliert. Anders als mancher autoritäre Staat des Westens wie Portugal, Spanien, Griechenland oder die Türkei, haben die Diktaturen des Ostens dafür »gesorgt«, dass ihre Völker die Jahrzehnte der europäischen Nachkriegszeit und damit die Modernisierung des politischen Lebens versäumten. Mehr als zwanzig Jahre trennen diese Länder von dem »real existierenden Sozialismus«, aber sie leben immer noch zumindest parallel heute und gestern, wobei wir unter der letzteren

Zeitebene manchmal die gesamte unter den Teppich gekehrte nationale Geschichte verstehen. Versatzstücke der grauen Urgeschichte, des Mittelalters, der frühen Neuzeit, die durch jahrhundertelange Fremdherrschaft ausgelösten Animositäten, Mythen, Illusionen und Ängste prägen das aktuelle Geschehen von Baku bis Warschau in einem Maße mit, das westlich von der Leitha unvorstellbar wäre.

Nun sind die Feiern zum 20. Jubiläum des Jahres 1989 abgeklungen: Von Berlin bis Bukarest wurden die historisch gewordenen Verhandlungen am Runden Tisch, die Neubestattung der namenlos verscharften Opfer der Diktaturen, die Leipziger Montagsdemos, die Kleiderprobe des Präsidenten Havel und der Volksaufstand im rumänischen Timișoara heraufbeschworen. Die Deutschen stellten begrifflicher Weise den Fall der Berliner Mauer in den Mittelpunkt der Erinnerungen und interpretierten die Ereignisse von damals als Präludium der Wiedervereinigung, die in der Tat als Ergebnis gelten konnte, obwohl sie in dieser Form seinerzeit von niemandem als Ziel gesetzt wurde. Revolutionäre treten selten mit exakten Drehbüchern auf, sie handeln wie im Rausch, ganz entsprechend der bekannten Parole des Pariser Mai 1968: »Sei Realist und fordere das Unmögliche!« Was dann durch ihr euphorisches Tun möglich wird, ist meistens sowohl mehr als weniger, aber immer anders, als sie sich vorgestellt haben. Daher rührt ein gewisser Katzenjammer, sobald die neue Realität entsteht.

So zeigt sich in den Reformländern Ungarn, in Tschechien und nicht zuletzt in der ehemaligen DDR eine manchmal an Wahlergebnissen messbare, massenhafte Nostalgie für die »goldenen« siebziger und achtziger Jahre als Reflex vor allem der mittleren und älteren Generation auf eine Gegenwart, in deren Atmosphäre sie nicht unbedingt heimisch werden konnte. In den tristen Nachfolgestaaten der ehemaligen UdSSR äußert sich die existentielle Unsicherheit in der direkten Hinwendung zu den Kommunistischen Parteien, die vielerorts als Wahlsieger daraus profitieren. Bei aller Bedeutung der sozialen Nöte, welche die Menschen in die Arme der früheren Machthaber treiben, müssen wir auf die psychischen Hinter- und Abgründe dieses Phänomens hinweisen. Zigmillionen Menschen leben in einem historischen Vakuum und sehnen sich nach einer stabilen Werthierarchie.

Als typische »Nachwehen des Sozialismus« erscheinen uns selbst die mitunter heftigen innenpolitischen Kämpfe des Ostens – wie in Serbien,

der Ukraine oder Georgien. Diese werden abseits der institutionellen Rahmen und ziemlich vehement ausgefochten und von den beteiligten Bürgern als eine Art zweite Revolution erlebt. Sie korrigieren mancherorts die nicht immer sauberen Wahlergebnisse, führen jedoch bestenfalls zur neuen Aufteilung der Pfründe zwischen den verschiedenen Machteliten, die wiederum, unabhängig von ihrer weltanschaulichen Färbung, immer noch nach dem alten Apparat riechen.

Erinnerung kann beiden Beteiligten keineswegs nur Nostalgie, sondern auch unangenehme Gefühle hervorrufen. Dazu ein persönliches Beispiel: Im Frühjahr 2004 hatte ich die Ehre, ein Gespräch zwischen zwei Literaturnobelpreisträgern, dem Ungarn Imre Kertész und dem Deutschen Günter Grass, zu moderieren. Am nächsten Morgen rief ein Freund bei mir an und teilte mir mit, dass eine der größten liberalen Tageszeitungen auch meinen Namen erwähnte, und dies sogar zweimal in einer Nummer. Dieser Bericht schmeichelte meiner Eitelkeit dermaßen, dass ich den albernen Hinterton aus dem Anruf nicht heraushörte. In der Tat fand ich im Kulturteil des Blattes ein Foto, auf dem ich zwischen den beiden Weltberühmtheiten saß. Nach der zweiten Erwähnung musste ich lange suchen – ich fand sie schließlich als Schlagzeile auf der ersten Seite. An dem Tag fühlte sich einer der bekanntesten ungarischen Popsänger bereit, öffentlich zugeben, dass er jahrelang seine eigene Musikgruppe bespitzelt hatte, zu welchem Zweck ihm sein Führungsoffizier ausgerechnet den Decknamen »Dalos« – zu Deutsch »Sänger« – verliehen hatte. Es gab in Ungarn mehrere Fälle, in denen Geheimagenten Decknamen von real existierenden Personen, darunter auch kritisch denkende Intellektuelle, erhielten.

Selbstverständlich wusste ich, dass die »Firma« in puncto Namensgebung über eine recht gemäßigte Fantasie verfügte, denn auch die Opfer ihrer Neugier – im ungarischen Stasijargon »Zielpersonen« – versah sie mit Pseudonymen. Ich kam mit meinem Codenamen als »Organisator« noch relativ gut weg, aber einige Freunde erhielten Decknamen wie »Fanatiker«, »Intrigant« und ein mutiger Bürgerrechtler, der aus Protest gegen die Behördenwillkür in Hungerstreik trat, hieß bei ihnen ganz zynisch »Diätmacher«. Am einfachsten hatten es der Historiker Miklós Szabó, der als Zielperson »Historiker« hieß, und der Klavierkünstler Zoltán Kocsis, der als »Musiker« in den unabsichtlich zusammengestellten Gothaer Almanach der Andersdenkenden Aufnahme fand. Ich weiß nicht, warum, aber die Tatsache, dass diese Behörde ihren durch Erpressung oder Be-

stechung angeworbenen Mitarbeitern gelegentlich bekannte Namen von anständigen Menschen spendierte, erfüllt mich heute noch mit frischer Empörung.

Meine Lehr- und Wanderjahre verbrachte ich im so genannten Ostblock, ich studierte in Moskau, lebte als Übersetzer in Budapest und fand in den siebziger Jahren auch eine Art politische Heimat in den Oppositionsgruppen der Region. In Prager Kneipen, Ostberliner Dachwohnungen und Moskauer Küchen zu sitzen, über Lüge und Wahrheit, Freiheit und Unfreiheit zu diskutieren – dies war damals die einzige Möglichkeit der Sozialisation für Menschen, welche sich außerhalb des Rahmens der offiziellen Kultur behaupten wollten. Bei aller Diskriminierung, was Schreib-, Reise- oder Arbeitsmöglichkeiten betraf, fühlten wir Außenseiter uns moralisch eindeutig besser als die zunehmend verunsicherten privilegierten Repräsentanten der machtgeschützten Innerlichkeit. Ja, man musste schon aufpassen und das, was man vorhatte, nicht jedem Nächstbesten auf die Nase binden. Und doch bin ich ein wenig neidisch auf uns aus den siebziger und achtziger Jahren.

Selbst wenn unsere schöngeistige optimistische Vision aus den achtziger Jahren von der realen Entwicklung widerlegt worden ist, glaube ich nicht, dass die private Futurologie, welche an den Küchentischen der Dissidenten entstand, ein bloßer intellektueller Zeitvertreib war. Im Gegenteil: Damals produzierten wir Ideen mit alltäglicher Intensität, ohne uns darum zu scheren, ob sie zur öffentlichen Verbreitung jemals zugelassen werden. Heute hingegen verfügt unsere Gesellschaft über die großzügigste Redefreiheit ihrer Geschichte und sie scheint – dies konstatiere ich mit einiger Melancholie – wenig Lust, Mut und Phantasie zu haben, sich über die eigene Zukunft Gedanken zu machen. Dies trifft auf viele ehemalige Menschrechtler zu. Etwas verkürzt könnte ich behaupten, dass wir damals freier dachten als redeten, während wir heute freier reden als denken. Und wovor ich Angst habe, ist die Möglichkeit, dass mit dem Abklingen der runden Jahrestage und mit dem Verschwinden der Generation der Betroffenen auch diese Betroffenheit in Vergessenheit gerät.



Die Wende als politische Waffe

Von Gerda Dalipaj und
Eckehard Pistrick

Erinnern fällt in einem Land wie Albanien, das sich seit 20 Jahren in einer von Rückschlägen gekennzeichneten Transformation von einer stalinistischen Diktatur zu einer demokratischen Gesellschaft befindet, besonders schwer. Umso erstaunlicher ist es, dass gerade in diesem durch die kommunistische Diktatur von Enver Hoxha isolierten Land die offiziellen Feierlichkeiten zum Gedenken an die friedlichen Revolutionen in Ost- und Mitteleuropa nicht nur von der Öffentlichkeit interessiert wahrgenommen, sondern auch in den Medien kontrovers diskutiert wurden. Resultat des Medien-Echos war neben einer weiteren Aufklärung der Bevölkerung über die damaligen Ereignisse in den Ländern des östlichen Europas auch eine Schärfung ihres Geschichtsbewusstseins.

Unter dem Eindruck zahlreicher kultureller und politischer Initiativen wendeten sich die Menschen der eigenen Geschichte und den damit verbundenen Kontinuitäten in Politik und Gesellschaft zu. Einen längst überfälligen Diskurs hatte bereits Jahre zuvor der verfolgte Schriftsteller und Intellektuelle Fatos Lubonja gefordert.

Lubonja wurde schon als 23-Jähriger wegen »Agitation und Propaganda« zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt, nachdem man seine regimekritischen Tagebücher gefunden hatte. Während er seine Haftstrafe in den Kupferminen von Spaç in Nordalbanien verbüßte, wurde er 1979 mit Mitgefangenen erneut angeklagt, diesmal wegen der »Schaffung einer konterrevolutionären Organisation«. Das Urteil sah weitere 25 Jahre Haft für ihn vor, vor denen ihn nur der Umbruch 1991 bewahrte. Mit seiner ins-

gesamt 17-jährigen Hafterschaft gilt Fatos Lubonja in Albanien seither als moralische Autorität.

Stimuliert durch das Jubiläumsjahr fanden die bisher auf intellektuelle Kreise beschränkten Debatten endlich auf einer breiten gesellschaftlichen Basis statt. Doch nicht jeder, der sich daran beteiligte, sah darin einen ernsthaften Diskurs.

So schätzte Fatos Lubonja am Ende des Erinnerungsjahres ein, dass polemische und politisch motivierte Diskussionen eine sachliche Aufarbeitung der Vergangenheit verdrängt hatten. Der Schriftsteller bezeichnete die albanische Wende als Mythos, als ein Bühnenstück, das nichts mit einem wahren Wandel oder gar einer Revolution zu tun habe. Die Wende sei von oben herab von der letzten kommunistischen Regierung Ramiz Alia vorbereitet und organisiert worden. Eine Volksbewegung wie in anderen osteuropäischen Ländern habe nicht stattgefunden – schon allein deshalb nicht, weil die entsprechenden Führungsfiguren fehlten oder in den Gefängnissen verschwunden waren.

»Den Albanern wurde die Freiheit gegeben, sie haben sie sich nicht erarbeitet«, sagt Lubonja. Deshalb dauerten die Kontinuitäten von Eliten und Macht bis heute fort, obwohl die politische Führung anstatt über ihre eigene Verantwortung über ihren »Widerstand« gegen das Regime spreche. Die albanische Wende sei ein Sonderfall, den man eher mit der Situation in China und Russland als mit der in Polen oder der Tschechischen Republik vergleichen könne, so Lubonja. Seiner Meinung nach ist die seit 2008 geführte Diskussion um die Öffnung der Akten der Verfolger und der Verfolgten eine reine Scheindiskussion, denn ein Großteil dieser Akten sei bereits vernichtet.

Terror im albanischen Gulag

Wer im stalinistischen Albanien politisch verfolgt wurde, war nicht allein Opfer. Auch die ganze Familie war über Generationen von diesem Schicksal gezeichnet. Karrieren wurden zerstört, Heiraten verhindert und eine systematische soziale Ausgrenzung betrieben. Besonders im Visier der Partei standen Intellektuelle und das Bürgertum, das vor und während des 2. Weltkriegs der Regierung des albanischen Königs Zogu gefolgt war. Skënder Leka, der seine Karriere als talentierter Fußballer aufgeben musste, erinnert sich an seine Zeit

im berüchtigten Gefängnis von Spaç in Nordalbanien: »Weil sie uns nicht einmal Coupons zum Essen gaben, habe ich diese Zeit ›Den Streik der Stille‹ genannt – die Menschen und die ganze Gesellschaft sprachen nicht mit uns, wir wurden als gefährlich eingestuft.«

Die Gefängnisse in Spaç und Burrel in Nordalbanien waren den sowjetischen Gulags vergleichbar. »Mein erster Eindruck von Spaç war, dass ich hier nie wieder herauskommen würde«, schrieb Fatos Lubonja in einem Artikel im August 2009. Er nannte seine Zeit im Lager »den höchsten Punkt der menschlichen Degradierung, aber auch den höchsten Punkt des Menschseins«. In anderen Arbeitslagern wie in dem in Mittelalbanien gelegenen Dorf Kosova wurden Intellektuelle und Widerständler mit schwerer Feldarbeit an den Rand des körperlichen Zusammenbruchs gebracht. Selbst nach der Entlassung waren die einstigen Insassen weiterhin sozial ausgegrenzt und unter ständiger Beobachtung.

Mit dem Tod von Enver Hoxha 1985 schöpften viele Gefangene Hoffnung. Skënder Leka: »Wir wussten alle, dass es eines Tages passieren würde. Wir hörten ausländische Radio-Stationen wie Deutsche Welle und Voice of America. Wir waren durstig nach Informationen. Der Tod von Hoxha gab uns Hoffnung, aber noch mehr die aufkeimenden politischen Beziehungen zu Deutschland.«

Für die verfolgten Familien ist das Vergessen ein komplexer und oft unmöglicher Prozess. Mit Misstrauen und Bitterkeit betrachten sie vor allem die heutige politische Führungsschicht, die teilweise aus der alten kommunistischen Elite hervorgegangen ist.

Besonders rund um die Parlamentswahl am 28. Juni 2009, aber auch im darauf folgenden Machtkampf, wurde die Wende als Symbol und politische Waffe instrumentalisiert. In ihrem erbitterten verbalen Schlagabtausch benutzten der wieder gewählte Premier Sali Berisha (Demokratische Partei – PD) und sein Herausforderer, der Sozialist Edi Rama, ihre eigene Rolle während der Wende immer wieder zur Legitimation der eigenen Macht. Sali Berisha war mit seiner Demokratischen Partei in der Zeit von 1989 bis 1991 ein Motor der politischen Wende, Edi Rama nahm als Professor aktiv an den Studentenbewegungen in Tirana teil. Ende November 2009 folgten mehr als 50.000 Menschen dem Aufruf von Rama – sie protestierten in Tirana und anderen Städten gegen die neue Macht.

Rama wählte als Datum für seine Demonstrationen bewusst den 20. November, womit er nicht nur an die Samtene Revolution 1989 in der ČSSR, sondern auch an den Beginn der Orangen Revolution in der Ukraine am 20. November 2004 erinnern wollte. Durch die beiden historischen Volksbewegungen kam die herrschende Regierung zu Fall – in die gleiche Reihe der Sieger wollte sich auch Rama stellen. Überflügelt wurden Ramas Demonstrationen aber von einer Großkundgebung anlässlich der Studentenproteste am 8. Dezember 1991, die Berishas Regierungspartei initiiert hatte. Nach Regierungsangaben kamen 500.000 Menschen zusammen – zehnmal mehr als bei Rama. Während Berisha den gewonnenen Wettlauf um die größte Anhängerschaft als Bestätigung für seine Politik eines »europäischen Albaniens« wertete, griff Edi Rama den Premier scharf an: Er setzte dessen Herrschaftsmethoden mit denen des letzten kommunistischen Machthabers Ramiz Alia gleich.

Gerade die Person Ramiz Alia und die Endphase des kommunistischen Regimes waren 2009 Gegenstand zahlreicher Diskussionen über die Ursachen und Urheber der Wende-Bewegung. Ramiz Alia trat im Oktober 2009 selbst im Fernsehen auf und sprach über die Rolle Albaniens bei der Errichtung und beim Fall der Berliner Mauer. Die Besuche von Franz-Joseph Strauss 1984 und 1986 und von Hans-Dietrich Genscher 1987 in Albanien wertete er als Meilensteine auf dem Weg aus der Isolation seines Landes. Albanien sei der letzte Domino-Stein in einer Kette von Ereignissen in Osteuropa gewesen.

Über seine eigene Rolle bei den Wende-Ereignissen schwieg der letzte Chef der Arbeiterpartei jedoch. Der Journalist Bashkim Kopliku korrigierte unlängst das heute verklärte Bild von Alias damaliger Politik. Alia wird in der albanischen Bevölkerung als Moderator gesehen, der Reformen und die Öffnung des damals isolierten Landes behutsam vorbereitete.

Fakt ist jedoch, dass unter Alia, bis in die letzten Tage des Regimes – selbst im Freiheitsjahr 1989, Verfolgung und Exekutionen fortgesetzt wurden. Menschen, die vor der katastrophalen ökonomischen Lage in ihrer Heimat fliehen wollten, wurden an der griechischen Grenze erschossen. Noch im Juli 1990 war das Regime in der Lage, eine Gegendemonstration gegen die Demokratisierung des Landes zu organisieren. Selbst der Clan des 1985 verstorbenen Diktators Hoxha, insbesondere dessen Gattin Nexhmie Hoxha, sicherte sich weiterhin Einfluss auf die albanische Politik. Gerade die im Hintergrund wirkende Witwe des Diktators wird für die Fortführung der Methoden Hoxhas in einer Zeit der allgemeinen Liberalisierung verantwortlich gemacht.

In den Medien wurde die Wende im Jahr 2009 vor allem in Bezug zur gegenwärtigen politischen Situation gesetzt: Welche Rolle spielt die Entwicklung Albaniens seitdem für den NATO-Beitritt des Landes und das Streben nach einem EU-Beitritt? Warum ist es nicht gelungen, die nach wie vor vorhandenen, massiven Demokratie-Defizite zu beseitigen? Zeitungen wie der sozialistisch orientierten »Shqip« gebührt das Verdienst, die Perspektive im Jahr 2009 nicht nur nach innen, sondern auf ganz Europa gelenkt zu haben. So erschienen in dieser Zeitung doppelte Themenschwerpunkte, die die Revolutionen in anderen Ländern des östlichen Europas zeigten. Zugleich wurde auch auf die Rolle der westeuropäischen Länder etwa beim Fall der Berliner Mauer hingewiesen.

Gerade der Mauerfall wurde in albanischen Medien zum großen Symbol erhoben. Während nationalistische Medien zum Einreißen der fiktiven Mauer zwischen den Albanern im Kernland und denen in Mazedonien und Kosovo aufriefen, beschworen andere Zeitungen eine Mauer zwischen der EU und Albanien herauf: eine Situation, die als Fortsetzung der Isolation des Landes zu kommunistischen Zeiten, nur unter neuen Vorzeichen, gesehen wurde. Zu dieser Isolation zählten die Journalisten auch den Ausschluss Albaniens von der Visa-Liberalisierung auf dem Balkan 2009, von der nur die Nachbarländer Mazedonien, Montenegro und Serbien profitierten. Albaner prägten daher den Begriff der »Schengen-Mauer«, die die »Festung Europa« schütze.

Der Fall der Berliner Mauer hat als beispielhafter Vorgang einen festen Platz im kollektiven Gedächtnis der Albaner im Ostblock gefunden. In den 2009 geführten Diskussionen stellte sich immer deutlicher die besondere Rolle Deutschlands für die albanische Wende heraus, insbesondere die kuriose Verbindung von Sport und Politik: Auf den Straßen der mittelalbanischen Kleinstadt Kavaja kam es im März und Juli 1990 besonders nach Freudenkundgebungen für die deutsche Fußball-Nationalmannschaft während der Weltmeisterschaft zu Protesten gegen das Regime. Parolen wie »Liri! Liri! Demokraci! Rrofte Gjermania!« (Freiheit! Freiheit! Demokratie! Lang lebe Deutschland!) hallten durch die Straßen. Auch der deutsche Botschafter war im Januar 1990 im nordalbanischen Shkodra in Proteste involviert. »Worauf wartet ihr noch?«, soll er nach Erinnerungen der damals Protestierenden gefragt haben, als eine für den 11. Januar angekündigte Demonstration nicht stattfinden durfte.

Die deutsche Botschaft in Tirana reagierte 2009 auf das gesteigerte Interesse der Albaner an der deutschen und der europäischen Geschichte mit einer Vielzahl kultureller Aktivitäten. Der »Deutsche Oktober« rich-

tete sich mit vielen Veranstaltungen an Kinder und Jugendliche, die in der Nach-Wendezeit aufgewachsen sind und weder das Regime noch die Revolution miterlebt haben. Das Jugendtheaterstück »Mauerkinder« vereinte deutsche und albanische Jugendliche zu einem gemeinsamen Projekt. Filme wie »Goodbye Lenin«, »Sonnenallee« und »Nikolaikirche« wurden im Rahmen des »Oktobers« erstmals in Albanien gezeigt. In der Ausstellung »Ortszeit« des Grafik-Designers Stephan Koppelkamm waren Fotografien aus der unmittelbaren Nachwendezeit und Bilder jüngeren Datums zu sehen, die die gewaltigen baulichen Veränderungen im Osten Deutschlands dokumentieren. Die seit 1999 in Albanien lebende Fotografin Jutta Benzenberg zeigte in ihrer Retrospektive »18 Jahre Albanien« im Oktober 2009 bedrückende Schwarz-Weiß-Fotografien aus Albanien unmittelbar nach dem Fall des Eisernen Vorhangs. Das künstlerische Großereignis des Jahres zum Thema Wende bildete die Schau »Feedback 1989« im einstigen Staatshotel »Dajti« in Tirana.

Dekadenz im Hotel: Das Kunstevent »Feedback 1989«

Einen besseren Ort für die künstlerische Aufarbeitung der jüngsten Geschichte hätte man kaum wählen können: Das Hotel »Dajti« im Zentrum von Tirana ist ein monumentaler Bau aus der italienischen Besatzungszeit und diente dem Hoxha-Regime als Hotel für Staatsgäste. Seit Jahren steht es leer. 2009 bildete es mit seiner dekadenten Atmosphäre eine ideale Projektionsfläche für 21 Künstler, die aus rumänischer, serbischer, bulgarischer, albanischer und deutscher Sicht die Wende reflektierten.

An den vergilbten Mauern hat Nikolin Bujari Propaganda-Sprüche wie »Sieg dem Marxismus-Leninismus«, »Albanien ist eine steinerne Festung« oder »Albanien in die NATO« eingraviert. Das wahrscheinlich eindrucksvollste Video der Schau, »Living in Memory«, stammt von Armando Lulaj: Ein fünfzackiger Stern des Sozialismus verbrennt in fünf Minuten und stürzt in sich zusammen. Eine riesige Mauer aus gepackten Koffern – ein drei mal fünf Meter großes Ölgemälde im Eingangsfoyer – erregt die Aufmerksamkeit. Barbiepuppe und Ölradiatoren sind in der Schau Ikonen für die sich mit dem Umsturz öffnende Konsumwelt, für den Übergang von der Mangelgesellschaft zur kapitalistischen Reizüberflutung.

Das von Adela Demetja und Julie August betreute Kunstprojekt wurde gleich zu Beginn von vielen Schulklassen besucht. Dass die Wende in Albanien überhaupt stattfand, kann man den Kuratorinnen zufolge außerhalb des Landes nur in einem italienischen und einem polnischen Schulbuch nachlesen.

Am Abend des Mauerfall-Jubiläums, dem 9. November, diskutierten im staatlichen Fernsehkanal (TVSh) Historiker, der albanische Ex-Botschafter in Berlin und der deutsche Botschafter in Tirana kontrovers über die Wende. Dabei wurde deutlich, wie überraschend der Mauerfall besonders für die albanische Politik kam. Der deutsche Botschafter hob hervor, dass mit der Wende Deutschland nicht nur ein historisches Erbe zugefallen sei, sondern auch die Aufgabe, Freiheit und Geschichtsbewusstsein zu stärken. Im privaten Fernsehkanal Klan wurde eine Sondersendung ausgestrahlt, in Ora-News zeigte man Fotos vom Mauerfall mit euphorischen Menschen, untermalt vom Scorpions-Song »Wind of Change«. Neue Fakten und Dokumente über die revolutionären »Dezember-Bewegungen« in Tirana legte der Journalist Blendi Fevsiu in der Sendung »Opinion« im Kanal Klan vor.

Schon seit längerem widmete sich der Schriftsteller Fatos Kongoli den widersprüchlichen und grausamen Aspekten der kommunistischen Gewaltherrschaft. In seinen jüngsten Romanen und Erzählungen entwickelte er eine expressionistische Rückschau auf die stalinistische Diktatur Hoxhas und ihren Fall. Kongoli ist der Auffassung, dass sich das allmächtige Herrschafts- und Überwachungssystem menschliche Urängste zunutze machte, um das Weltbild und die Moralvorstellungen der einfachen Menschen grundlegend zu wandeln. Diese Strategie hatte verheerende psychologische Auswirkungen auf das Eigenbild und die Moral der Albaner: eine Wunde, die in absehbarer Zeit nicht verheilt.

Der tragikomische Roman »Der Tod Enver Hoxhas« von Pëllumb Kulla sorgte seit seiner Erscheinung in Tirana im November 2008 für Aufsehen. In ihm beschreibt Kulla mit zynischem Unterton, wie ein politischer Gefangener den Tod des Diktators 1985 erlebt. Immer wieder warnte auch Fatos Lubonja, der den Opfern des Regimes mit seinem erschütternden Tagebuch »Second Sentence – Inside the Albanian Gulag« ein Denkmal gesetzt hat, vor dem Vergessen der Leiden im Kommunismus, denn so schaffe man »eine Gesellschaft aus Monstern«.

Die dunklen Kapitel der kommunistischen Herrschaft wurden im Jubiläumsjahr ihres Falls sehr wenig thematisiert. Neben den beiden Großdemonstrationen des Präsidenten und seines Widersachers, die ohnehin nur tagespolitischen Charakter hatten, wurden im ganzen Land nur wenige Gedenkveranstaltungen durchgeführt. Bereits am 20./21. September 2008 wurde im Dorf Mursia (Südalbanien) ein Denkmal mit den Namen der in Gefängnissen getöteten oder von der Geheimpolizei »Sigurimi« an der Grenze zu Griechenland erschossenen Opfern des Hoxha-Regimes enthüllt. Am 26. Februar 2009 fand an der Kathedrale von Shkodra eine Gedenkzeremonie für die während des Regimes getöteten Geistlichen aller Religionen statt. Die Veranstaltung wurde von einer Ausstellung begleitet, die Filmdokumente, Fotos und Manuskripte über das Leiden katholischer und muslimischer Geistlicher zeigte.

Einen gänzlich anderen Grundton hatten albanische Filme, die sich ironisch mit den Wende-Ereignissen auseinandersetzen. Die Tragikomödie »Ne dhe Lenin« (Wir und Lenin) des Regisseurs Saimir Kumburo, die in albanisch-französisch-mazedonischer Koproduktion entstand, behandelt den fortdauernden Personenkult nach der Wende. Der 2008 erschienene Film »Trishtimi e Zonjes Shnajder« (Die Traurigkeit der Frau Schneider) von Piro Milkani ist laut Abspann »den Menschen ohne Freiheit« gewidmet. Auf subtile Weise beschreibt er, wie sich ein albanischer Filmstudent in der ČSSR ein neues Leben aufbaut, ehe er auf Anordnung des Regimes nach Albanien zurückkehren muss. Erst nach der Wende ist es ihm möglich, in seine Wahlheimat zurückzukehren. Der Altmeister Gjergj Xhuvani stellte Anfang November 2009 seinen neuen Film »Ost, West, Ost« vor, der die Endphase der kommunistischen Diktatur in Albanien beschreibt.

Der Höhepunkt der Feierlichkeiten zur albanischen Wende 2010 und 2011 steht noch bevor. Denn erst im Sommer 1990 setzte die Flucht von mehr als 5000 Menschen aus den Botschaften ein, gefolgt von den Studentenprotesten und der Gründung der Demokratischen Partei am 12. Oktober 1990. Erst im März 1991 fanden in Albanien die ersten freien Wahlen statt. Auch wenn diese großen Jubiläen noch bevorstehen, hat das Gedenkjahr 1989–2009 bereits wichtige Denkanstöße für die Aufarbeitung der jüngsten albanischen Geschichte gegeben. Obwohl die »Wende-Aura« politisch stark vereinnahmt wurde, zeigte die Bevölkerung ein weit reichendes Interesse an den Jubiläumsveranstaltungen und Debatten. Über die Endphase des Regimes und die selbst so empfundene Sonderrolle Albaniens bei den Ereignissen im östlichen Europa wurde ausführlich diskutiert.